

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 72 (1980)

Heft: 3

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den achtziger Jahren

Dass man auch Wirtschaftsprobleme allgemein verständlich und doch seriös und umfassend behandeln kann, beweist eine Arbeit von Gunda Jortzig in der Januar-Nummer der «*Frankfurter Hefte*». Ihr Beitrag ist mit «Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in den achtziger Jahren» überschrieben und konzentriert sich auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik. Einleitend hält sie fest, dass die wirtschaftliche Krise keineswegs ganz behoben und die Rückkehr zu einer befriedigenden Wirtschaftsentwicklung noch nicht vollzogen sei. So betont sie, dass es in der BRD noch rund 800 000 registrierte Arbeitslose gibt. Dazu kommt mit zirka 600 000 bis 700 000 Personen eine «stille Reserve» von nicht registrierten Unbeschäftigten. Die Prognosen namhafter Wirtschaftsforschungsinstitute deuten darauf hin, dass Ende der achtziger Jahre ein Anwachsen der Arbeitslosenzahlen auf mehr als zwei Millionen nicht auszuschliessen ist. Diese Entwicklung hängt – grob systematisiert – einerseits von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes seitens der Arbeitnehmer und andererseits von der Arbeitskräftenachfrage (Angebot und Nachfrage) ab. Beim ersten Punkt fallen natürlich die geburtenstarken Jahrgänge der frühen sechziger Jahre ins Gewicht, so rechnet man, dass 1985 das Angebot an Arbeitskräften um rund 1,8 Millionen grösser sein wird als das von 1975. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hängt im wesentlichen von zwei Faktoren ab: Entwicklung der Produktion und Arbeitsproduktivität. Da die Rationalisierungen stärker ins Gewicht fallen werden, ist mit einer starken Steigerung der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Gunda Jortzig äussert sich dann zu den Gründen und Folgen der gegenwärtigen Schwäche des Produktionszuwachses, und am Schluss des Abschnittes stellt sie fest, dass die zu erwartende Arbeitslosigkeit kein unabänderliches Schicksal ist. Sie verweist vielmehr auf die Notwendigkeit, möglichst

schnell Gegenmassnahmen zu ergreifen. Interessant sind die im folgenden Abschnitt zitierten Zahlen und Fakten. Sie verweist hier auf vier Möglichkeiten, um die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern: Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde würde einen Beschäftigungsentlastungseffekt von 215 000, eine Urlaubsverlängerung um einen Tag pro Jahr von 50 000, eine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre von 150 000 und ein zehntes Schuljahr von 330 000 bis 500 000 Personen bewirken. Überraschen wird vermutlich den Leser, dass die letztere Massnahme weitaus den grössten Erfolg verspricht. Im letzten Teil des Aufsatzes kommt Gunda Jortzig auf gewisse Problematiken dieser Massnahmen zu sprechen und auf die Frage von expansiven Staatsausgaben.

Haben die Grünen eine Chance?

Über die Gründung der grünen Partei in der Bundesrepublik berichtet informativ und ausführlich Hermann Scheer in Nummer 4 der Wochenzeitung der SPD, dem «*Vorwärts*». Der Gründungsparteitag fand anfangs Januar statt. Schon gleich zu Beginn brach der Konflikt um die Frage aus, ob eine Mitgliedschaft in der grünen Partei konkurrierende Mitgliedschaften ausschliesse. Eine starke Minderheit der Delegierten vertrat die Meinung, dass die neue Partei die Vielzahl der Bürgerinitiativen kaum ersetzen könne. Zu Recht schreibt der Autor: «Die gemeinsame Erkenntnis von einer ökologischen Menschheitsgefahr kann die ideologischen, gesellschafts- und interessopolitischen Unterschiede zwischen einer Bunten Liste und einer bürgerlichen Freien Wählerinitiative, zwischen Kaderkommunisten und Radikaldemokraten, zwischen engagierten Umweltschützern und nur Parteiverdrossenen nicht lösen ... Weil man die Mühen einer durchsetzungsorientierten Mitarbeit mit einer etablierten Partei scheut (oder dem Vorurteil aufsitzt, man könne oder dürfe da

nicht mitarbeiten), wenn einem die Mitarbeit in einer ökologischen Initiative nicht mehr genügt, macht man sich die viel grösseren und wohl dennoch schon mittelfristig zum Scheitern verurteilten Mühen einer Parteigründung.»

Hinweise

Im Zentrum der Dezember-Nummer der «*Neuen Gesellschaft*» (Bonn) steht das Thema «Demokratische Gesellschaft und Bürokratie», ein Thema, das auch bei uns immer wieder Schlagzeilen macht. Richtigerweise wird in der Einleitung betont, dass die Bürokratiekritik nicht immer lauteren Motiven entspringt. Das gilt sowohl für die Konservativen, die den wachsenden «Versorgungs- und Anspruchsstaat» geisseln, als auch für die Linke im weitesten Sinne, die oft in der staatlichen Verwaltung eine «Unterdrückungsmaschinerie» sieht. Hinter der konservativen Kritik verbirgt sich aber der Wunsch nach dem Abbau sozialer Sicherheit und staatlichem Einfluss auf das Wirtschaftsleben. «In dem Masse, in dem sich der Mensch aus der unwürdigen Abhängigkeit von sozialer Not befreit und sich in den Schutz der Solidargemeinschaft begibt, wächst seine Abhängigkeit von dieser Gemeinschaft und wächst die Notwendigkeit, zu regeln und zu ordnen durch Gesetz und Verordnungen.» Die über zwanzig Aufsätze zu diesem Thema vermitteln eine Fülle von Überlegungen und Gedankenanstössen, die dem Leser

helfen, in Zukunft differenzierter – nicht mehr unter dem subjektiven Eindruck eines Ärgernisses – an die Thematik heranzugehen.

Neben den informativen, grundsätzlichen Betrachtungen «Zum Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes» (beschlossen im vergangenen Juni) von Gerhard Leminsky enthält die Dezember-Nummer der «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» (Bund Verlag Köln) eine sehr breit angelegte Studie zum gegenwärtigen Stand und zu den möglichen Perspektiven der amerikanischen Gewerkschaften. Die Arbeit verfasste George Günther Eckstein, der USA-Mitarbeiter dieser vom DGB herausgegebenen Zeitschrift.

Bereits ist Heft 2 der erst im vergangenen November vom Wagenbach Verlag (Berlin) neu auf den Markt gebrachten Literaturzeitschrift «*Freibeuter*» erschienen. Aus der Fülle der veröffentlichten Beiträge seien hier einige herausgehoben: Ein Gespräch mit dem in Zürich lebenden Psychoanalytiker Paul Parin zum Thema: «Ist der Mensch veränderbar?», ein Interview mit der aus der DDR weggezogenen deutschen Dichterin Sarah Kirsch mit dem sinnigen Titel: «Von der volkseigenen Idylle ins Land der freien Wölfe» sowie ein Bericht über eine gefährliche Entwicklung im Buchhandel, wo gewisse Bestrebungen im Gange sind, die «festen Buchpreise» aufzuheben. Über die sich daraus ergebenden Konsequenzen berichten anhand von Beispielen aus Schweden und Frankreich Jérôme Lindon und Klaus Wagenbach.